

Gerechte Landverteilung – ein unerfülltes Versprechen in Ecuador von Almudena Abascal

Im Oktober 2016 nahm FIAN Deutschland gemeinsam mit FIAN International und den Sektionen von Ecuador, Kolumbien und Schweden an einer Recherchereise zu Landkonflikten an der ecuadorianischen Küste teil. Die Delegation besuchte mehrere Gebiete rund um die Stadt Guayaquil und untersuchte die Ernährungslage bäuerlicher Gemeinden. Es zeigten sich Bedrohungen der Ernährungssouveränität, des Rechts auf angemessenen Wohnraum und des Rechts auf Bildung. Die Rechtsverletzungen sind Auswirkungen einer Landpolitik, die wirtschaftliche Interessen über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen stellt.

In Oktober 2009 startete die ecuadorianische Regierung den „Plan Tierras“. Ziel war der Verkauf von 2,5 Millionen Hektar Land innerhalb von vier Jahren an Kleinbauern und -bäuerinnen, um für eine gerechtere Landverteilung zu sorgen. Sieben Jahre später wurde dieses Ziel nicht nur nicht erreicht, sondern die Ungleichheit hat sich noch verschärft. Insbesondere die ecuadorianische Küstenregion weist eine hohe Landkonzentration auf. Die Recherchereise ergab, dass die Politik des ecuadorianischen Staates vorhandene Konflikte weiter verstärkt.

Fehlgeleitete Agrarpolitik: der Fall ASOMAC

Ein Beispiel des durch den „Plan Tierras“ hervorgerufenen Konfliktpotenzials ist der von FIAN Ecuador begleitete Fall der Bauerngemeinde ASOMAC (Asociación de Montubios Autónomos de Colimes). Im Jahr 2004 beantragten die Mitarbeiter und Bewohner des Landgutes „La Leopoldina“ vom Staat die Enteignung des zu dem Gut gehörenden Landes, um dieses anschließend zu erwerben und dort Landwirtschaft zu betreiben. Zu diesem Zweck gründeten 120 Familien ein Jahr später die Bauernorganisation ASOMAC.

Im April 2009 erkannte das Landwirtschaftsministerium den Besitz von 475 Hektar zugunsten der Gemeinschaft an. Im Oktober entschied es jedoch plötzlich, den „Plan Tierras“ aufgeben dieses Landgut anzuwenden. Zwei weiteren Bauerngemeinschaften, „La Largarera“ und „1° de Junio“ wurden Teilflächen zugesprochen, obwohl diese Flächen zuvor ASOMAC versprochen worden waren. Diese neuen Bauerngemeinschaften waren wie aus dem Nichts aufgetaucht und offensichtlich eigens gegründet worden, um vom „Plan Tierras“ zu profitieren. So vergab das Landwirtschaftsministerium im Februar 2012 nur 325 Hektar an ASOMAC, der Rest ging an „La Largarera“ und „1° de Junio“. Der Fall macht deutlich, wie widersprüchlich der „Plan Tierras“

ist: nicht nur wurden die Zusagen gegenüber der ASOMAC gebrochen, sondern auch die Vorgaben missachtet, wonach die Erwerber von Grundstücken schon eine Zeit lang dort ansässig sein müssen. Hinzu kommt, dass die Entscheidung 150 Hektar betrifft, die direkt am Fluss liegen. Dort haben 44 Familien gelebt, Landwirtschaft betrieben und eine Bewässerungsanlage errichtet, von der alle in ASOMAC organisierten Familien profitierten, die keinen direkten Zugang zum Fluss haben. Im Jahr 2012 erhob ASOMAC daher Klage gegen die Vergabe der Flächen an „La Largarera“. Am 31. März 2016 gab das Verwaltungsgericht in Guayaquil der Klage statt und erklärte die Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums für illegal. Allerdings legte das Ministerium Berufung ein. Nun muss der Oberste Gerichtshof in Quito entscheiden, so dass die Rechtsunsicherheit bestehen bleibt.

Zerstörtes Anwesen im ASOMAC-Gebiet nach der Vertreibung am 11. Dezember 2015 (Foto: Andres Loor/CDH-Guayaquil)



Trotz des noch laufenden Verfahrens wurden am 11. Dezember 2015 die 44 Familien von ASOMAC gewaltsam und ohne vorherige Ankündigung von ihrem Land vertrieben. Bei dieser Aktion wurden die Häuser und die Felder der ASOMAC-Familien komplett zerstört, mit schwerwiegenden Auswirkungen für die Betroffenen, die plötzlich obdachlos und landlos waren. Nach der Räumung wurden die vertriebenen Familien auf den Flächen der anderen Mitglieder von ASOMAC aufgenommen, so dass letztendlich die gesamte Gemeinde von der illegalen Vertreibung betroffen war.

Gegenwärtig – ein Jahr später – ist die Situation aufgrund des fehlenden Zugangs zu Wasser besorgniserregend. Ohne Wasser besteht keine Möglichkeit, Landwirtschaft zu betreiben und Lebensmittel zu verkaufen, um Einkommen zu erwirtschaften. Außerdem haben sich die Kleinbauern und -bäuerinnen von ASOMAC beim Staat stark verschuldet, um das Land zu erwerben, welches sie momentan nicht abbezahlen können. Zurzeit ist es unmöglich aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Die Ländereien „Las Mercedes“ und „Los Ángeles“

In Begleitung von FIAN Ecuador und „Tierra y Vida“, einer Organisation, die viele Bauerngemeinschaften in Landkonflikten unterstützt, haben wir die Kleinbauern und -bäuerinnen der Ländereien „Las Mercedes“ und „Los Ángeles“ (im Kanton Durán, 16 Kilometer von Guayaquil) interviewt, um Einblick in die Auswirkungen der öffentlichen Landpolitik zu erhalten. Auf



Mitglieder von ASOMAC berichten von der Vertreibungsaktion

den mehr als 2.000 Hektar des Landguts „Las Mercedes“ sind seit Jahren neun Bauern- und Viehzüchtergemeinden angesiedelt. Obwohl die Regierung ihre Besitzrechte anerkannt hat, besitzt niemand von ihnen einen Landtitel, der sie als Eigentümer des Landes auszeichnet. Ohne Besitztitel können sie jedoch keinen Kredit beantragen, um das Land zu erwerben oder in Maschinen zu investieren.

Jede der besuchten Gemeinschaften steht vor großen Herausforderungen. Die Familien der Viehzüchtergemeinschaft „Félix Mora León“ leben von nur 10 US-Dollar pro Woche, was nicht ausreichend ist, um das Existenzminimum zu decken. Vor kurzem ist außerdem ein unerwartetes Problem aufgetreten: das aus Paraguay importierte Vieh, das sie vom Staat gekauft hatten, konnte sich nicht an die ecuadorianischen Bedingungen anpassen. Alleine im letzten Jahr starben Hunderte von Rindern. Die Behörden ergriffen keine Maßnahmen, um die Ursachen zu ermitteln oder den Geschädigten zu helfen.

Die Bauerngemeinschaften „La Fe del Campesino“ und „Licenciado Rafael Brito Mendoza“ haben aufgrund von Wassermangel Schwierigkeiten, ihr Land zu bewirtschaften. Neben der Bedrohung ihres Rechts auf Nahrung ist auch das Recht von Kindern auf Bildung gefährdet, denn die Schulen sind zu weit entfernt und den Familien mangelt es an Einkommen für den Transport. Ähnlich ist die Situation der Gemeinschaften „Ni Un Paso Atrás“ und „Unidos Venceremos“ vom Landgut „Los Ángeles“, am Rand des Flusses Babahoyo. Neben der durch den „Plan Tierras“ erzeugten Unsicherheit beklagen die Kleinbauern und -bäuerinnen, dass der Staat den Preis für die Grundstücke so hoch ansetzt, dass er für die Gemeinschaften nicht bezahlbar ist.

Entwicklungsmodell zu Gunsten großer Produzenten

Dies sind nur einige Beispiele eines Entwicklungsmodells, das im Gegensatz zum „Buen Vivir“ steht, das 2008 erstmals in der ecuadorianischen Verfassung verankert wurde. Aufgrund der Ergebnisse der Recherchereise warnt FIAN Deutschland davor,

dass die vorherrschende Politik einseitig große Produzenten gegenüber Kleinbauern und -bäuerInnen begünstigt und Landkonflikte verstärkt. Neben dem „Plan Tierras“ verschärfen weitere Gesetze die Situation: so gefährdet das neue Wassergesetz (Ley de Recursos Hídricos) Indigene und Kleinbauern, da es nur dem Staat und nicht mehr den traditionellen Gemeinden die Verwaltung von Wasserrechten erlaubt; das Landgesetz (Ley Órganica de Tierras Rurales y Territorios Ancestrales), das ausschließlich große Exporteure wie die EU oder die Vereinigten Staaten begünstigt; oder das Saatgutgesetz (Ley de Semillas), das bald vom Parlament verabschiedet wird und eine Voraussetzung für den für Januar 2017 erwarteten Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Ecuador ist. Dieses Gesetz verbietet den Einsatz von traditionellem Saatgut und stellt diesen sogar unter Strafe. Profiteure sind große Konzerne wie Bayer und Monsanto.

Im Ergebnis muss festgehalten werden, dass die beobachteten Landkonflikte vielfältige Probleme erzeugen, die das Recht auf Nahrung und andere WSK-Rechte bedrohen. FIAN Deutschland wird dazu beitragen, die Situation von Kleinbauern und -bäuerinnen in Ecuador auf internationaler Ebene sichtbar zu machen. Die ecuadorianische Regierung wird aufgefordert, sich für eine rasche Lösung des fehlenden Zugangs zu Wasser der Bauerngemeinschaft ASOMAC einzusetzen. Außerdem fordert FIAN von der ecuadorianischen Regierung, dass der „Plan Tierras“ endlich zugunsten kleinbäuerlicher Gemeinden eingesetzt wird. Auch die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen daran erinnert werden, dass die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber der Handelspolitik Vorrang haben muss und sie Verantwortung für die Auswirkungen der Handelsabkommen mit Ecuador auf die Bauern und Bäuerinnen tragen.

FIAN Deutschland hat einen Arbeitskreis zum Thema Ecuador, der sich weiterhin mit den Fällen befassen wird und der noch MitstreiterInnen sucht. Bei Interesse meldet Euch bei Almudena Abascal (a.abascal@fian.de).



Für die Hacienda „Los Ángeles“ ist der Fluss und damit der Zugang zu Wasser die Grundlage für den auf Bewässerung angewiesenen Reisanbau.